

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Modellprojekt „LandlehrerIn in Sicht“

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt, ein Modellprojekt „LandlehrerIn in Sicht“ zu konzipieren und auszuschreiben, für das sich Kommunen im berlinfernen Raum bewerben können, um die Attraktivität für neue Lehrkräfte vor Ort zu verbessern. Voraussetzung für die Teilnahme am Modellprojekt sollte die mittel- bis langfristige Erwartung eines akuten regionalen Lehrkräftemangels in der Kommune sein. Auch Zusammenschlüsse von Kommunen sind antragsberechtigt.

Kommunen können sich mit einem vorhandenen Netzwerk aus Akteurinnen und Akteuren von Schulen, Verwaltung, Unternehmen und Verbänden auf das Modellprojekt bewerben. Neben staatlichen Schulen gilt es gleichermaßen, Schulen in freier Trägerschaft sowie unterschiedliche Schultypen (Grundschulen, Gesamtschulen, Gymnasien, Oberschulen, berufliche Schule) im Netzwerk zu integrieren.

Ziel des Modellprojektes ist es, auf Basis der Vernetzung regionaler Akteurinnen und Akteure, die sich für die Gewinnung von Lehrkräften in ihren Kommunen verantwortlich fühlen, gemeinsam Maßnahmen und Strategien der Lehrkräftegewinnung sowie der mittel- bis langfristigen Personal- und Schulentwicklung in den Kommunen zu entwickeln.

Um diese Ziele und Maßnahmen zu konzeptionieren und umzusetzen, wird den ausgewählten Kommunen von der Landesebene ein finanzieller Beitrag zur Verfügung gestellt.

So sind zum Beispiel folgende Maßnahmen denkbar:

- Alumninetzwerke für ehemalige Schülerinnen und Schüler,
- gezielte Ansprache von ehemaligen Schülerinnen und Schülern die Lehramt studieren wollen,
- Werbemaßnahmen der Schulen auf Bildungsmessen oder an der Universität Potsdam,
- eine verstärkte Willkommenskultur in der Kommune,
- Hilfsmaßnahmen wie vergünstigtes Bauland, Arbeitsplätze oder Kindergartenplätze für die Familie der zukünftigen Lehrkraft,
- Infrastrukturmaßnahmen und Ausbau von kulturellen Veranstaltungen.

Begründung:

Brandenburg benötigt in den nächsten Jahren eine Vielzahl von neuen Lehrkräften, konkurriert jedoch bundesweit um die verfügbaren neu ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer. Das Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) aus Erkner hat in seiner Studie „Möglichkeiten für eine ausreichende Versorgung mit Lehrkräften in Schulen peripherisierter Regionen Brandenburgs“ die Problemlage untersucht und ein Modellprojekt vorgeschlagen. In dem Modellprojekt sollen die berlinfernen Kommunen ermutigt werden, regionale Netzwerke zu bilden, in denen Maßnahmen entwickelt werden, wie die Attraktivität für neue Lehrkräfte erhöht werden kann.

Gerade die berlinfernen Kommunen beziehen einen Teil ihrer Bindekraft für Familien und Unternehmen aus dem schulischen Angebot vor Ort. Deshalb ist es wichtig, dass motivierte und sich mit der Region (langfristig) identifizierende Lehrkräfte eingestellt werden können.

Dafür können schon frühzeitig Schülerinnen und Schüler, die möglicherweise ein Lehramtsstudium aufnehmen wollen, von der jeweiligen Schule begleitet werden und nach dem Abschluss gezielt zurückgeholt werden. Für gezielte Werbemaßnahmen der Schulen ist aber ebenso eine kooperative Schulentwicklungsplanung zwischen Land, Kommunen und Schulen anzuregen. Bedarfe können so frühzeitig erkannt und die Sicherung eines langfristig gesicherten fachgerechten Unterrichts erreicht werden.

In den geförderten Netzwerken können Maßnahmen entwickelt werden, die junge Lehrerinnen und Lehrer auch eine langfristige Perspektive anbieten können. Hierzu ist die Vernetzung mit dem Schulamt und dem Ministerium unabdingbar. Aber auch die Regionen selber können durch eine bewusste Willkommenskultur, Hilfen für die Partnerinnen und Partner der zukünftigen Lehrkraft und durch Infrastrukturmaßnahmen die Anwerbebedingungen verbessern. Die Kommune ist zwar nicht allein zuständig für die Bildung vor Ort, trägt aber eine sehr große Verantwortung, kommunale Bildungslandschaften zu entwickeln und zu gestalten.

Marie Luise von Halem
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN